

*Silke Schielberg**

Abschottung oder EU-Mitgliedschaft? Vorstellungen zur Zukunft der Exklave Kaliningrad im Spiegel der lokalen Presse

1. Die Kaliningrader Presse	4
2. Umriss der politischen Ereignisse von Januar bis September 2001	6
3. Varianten eines zukünftigen Status der Kaliningrader Oblast	9
3.1 Abschottung von Europa	10
3.2 Annäherung an die EU	12
3.2.1 Pilotregion	16
3.2.2 Russisches Wirtschaftszentrum im Übergangsbereich zur EU	18
3.2.3 Baltische Republik als EU-Mitglied	21
4. Fazit	24
5. Anhang	24
5.1 Quellenverzeichnis	24
5.2 Adressenverzeichnis Kaliningrader Zeitungen	26

Abstract

The present study analyses articles from Kaliningrad newspapers published from January to September 2001 in which conceptions and expectations regarding the future of the Russian exclave in view of the EU enlargement by Poland and the Baltic States are expressed. The focus is on the question, how relations of a future enclave within the EU to the EU and to Russia are supposed to be.

It is pointed out that two basic orientations should be distinguished: in fear of becoming isolated, a majority of the voices raised in the press desires an approach or even integration into the EU. At the same time, the desire for demarcation from the west, which is caused by the fear of losing national identity due to the Europeanization of Russia, has to be taken seriously. A separation of the Oblast from the RF, however, in general is no issue.

Zusammenfassung

Der Beitrag wertet Artikel, die von Anfang Januar bis Mitte September 2001 in der Kaliningrader Presse erschienen sind, unter der Fragestellung aus, welche Zukunftsvorstellungen es im Hinblick auf die EU-Erweiterung um Polen und die baltischen Staaten für die russische Exklave gibt. Dabei geht es um die Frage, wie die Beziehungen einer zukünftigen Enklave innerhalb der EU zu dieser und zum russischen Zentrum aussehen sollen.

Es zeigt sich, dass zwischen zwei Grundströmungen unterschieden werden kann: Mehrheitlich wird eine Annäherung an bzw. eine Integration in die EU, motiviert durch die Angst vor einer Isolation der Exklave, gewünscht. Aber auch der Wunsch nach einer Abschottung dem Westen gegenüber, begründet aus der Angst vor dem Verlust der nationalen Identität durch eine Europäisierung Russlands, ist durchaus ernst zu nehmen. Eine Loslösung der Oblast von Russland steht hingegen nicht zur Debatte.

*) **Silke Schielberg**, M.A., hat Politikwissenschaft, Osteuropäische Geschichte und Slavische Philologie in Kiel studiert und ist derzeit als Doktorandin Mitglied des SCHIFF.

Nachdem das Kaliningrader Gebiet im Zuge der Unabhängigkeitserklärungen der Baltischen Staaten zu Beginn der 90er Jahre zu einer russischen Exklave geworden war, stehen ihm nun neue Veränderungen des internationalen Umfeldes bevor. Kaliningrad wird mit der Erweiterung der EU um Polen und die baltischen Staaten zu einer Enklave innerhalb der EU werden. Damit kommen vielfältige Probleme, mit denen ebenso vielfältige Befürchtungen innerhalb der Bevölkerung des Gebietes verbunden sind, auf die Oblast zu. Wichtige Fragen, wie die Regelung von Tarifen für den Transport, die Energieversorgung, die Einführung der Schengen-Visa etc. werden zu lösen sein, um die Oblast nicht in eine völlige Isolation, sowohl vom Kernland der RF (Russische Föderation) als auch von der sie in Zukunft umgebenden EU fallen zu lassen. Der nachfolgende Beitrag behandelt die Frage, welche Ideen und Konzepte, Wünsche und Befürchtungen es angesichts dieser Problematik innerhalb der Kaliningrader Presse gibt und wie diese zum Ausdruck kommen. Hierbei geht es um die Frage, wie der zukünftige Status des Gebietes aussehen soll.

Der Ausarbeitung liegen verschiedene Artikel aus der Kaliningrader Presse zugrunde, die für den Zeitraum von Januar bis Mitte September 2001 hinsichtlich der o.g. Fragestellung untersucht worden sind. Vorweg soll ein kurzer Überblick über die Kaliningrader Presse und die jüngsten Ereignisse in Bezug auf diese Problematik in dem zu behandelnden Zeitraum gegeben werden.

Abkürzungen:

AiF v Kal.	Argumenty i Fakty v Kaliningrade
BRP	Baltijskaja respublikanskaja partija
Jant. Kraj	Jantarnyj Kraj
Kal. Prav.	Kaliningradskaja Pravda
Kom. Prav. v Kal.	Komsolmol'skaja Pravda v Kaliningrade
RF	Russische Föderation
SWZ	Sonderwirtschaftszone

1. Die Kaliningrader Presse

Im Kaliningrader Gebiet existieren mehrere Tageszeitungen, sowohl rein regionale als auch überregionale, jedoch ergänzt um einem Regionalteil.

Die Zeitung mit der höchsten Auflage¹ (ca. 40.000) ist die *Kaliningradskaja Pravda*. Sie gilt als weitgehend unabhängig. In ihr erscheint zudem mit der Wochenendausgabe als eine Art Gewerkschaftszeitung die Beilage *Majak Baltiki*.

1) Die Auflagenzahlen sind jeweils aus den entsprechenden Zeitungen selbst entnommen.

Daneben existieren die Regionalzeitungen *Kaskad* mit einer Auflage von 5.000 und *Jantarnyj Kraj* mit einer Auflage von 3.000. *Kaskad* kann als eine liberale, der Regierung kritisch gegenüber stehende Zeitung bewertet werden, während *Jantarnyj Kraj* als frühere Gouverneurszeitung noch auf der Suche nach einem neuen Profil zu sein scheint. In ihr werden häufig informative Aufsätze zu bestimmten Themen von Experten bzw. Lobbyisten veröffentlicht.

Als überregionale Tageszeitung ist vor allem die *Komsomol'skaja Pravda v Kaliningrade*, interessant. Sie hat in Kaliningrad einen Ruf als eine Zeitung mit gut recherchierten Artikeln.

Alle genannten Tageszeitungen sind in die folgende Recherche mit einbezogen.

Daneben existieren zwei regionale Zeitungen, die dreimal in der Woche erscheinen. Von diesen beiden Zeitungen ist vor allem die *Straž Baltiki* interessant. Sie erscheint mit einer Auflage von 8.500 und gilt als Zeitung der Baltischen Flotte. Sie wurde mit in die Recherche einbezogen, um auch Meinungen aus diesem Kreis der Bevölkerung zu berücksichtigen, der ja immer noch einen beachtlichen Teil der Einwohner Kaliningrads ausmacht. Die Zeitung beschäftigt sich vor allem mit den Belangen von Militärangehörigen (alltägliche Fragen und Probleme). Sie enthält aber darüber hinaus auf der ersten Seite (Tagespolitik) vielfach auch interessante und informative Berichte zum aktuellen Tagesgeschehen. Seit etwa Mitte des Jahres erscheint ebenfalls dreimal in der Woche die *Kaliningradszkaja večerka* mit einer Auflage von 3.000. Sie macht den Eindruck einer recht gut recherchierten Zeitung mit relativ brauchbaren Artikeln zum hier interessierenden Thema. Sie wurde für die Recherche jedoch nicht mit berücksichtigt, weil sie erst seit kurzem erscheint und deshalb nicht vollständig in den zu behandelnden Zeitraum mit einbezogen werden konnte.

Zudem gibt es eine Vielzahl an Wochenzeitungen, deren Artikel jedoch für die durchgeführte Recherche als zu wenig seriös gelten konnten und damit nur zum Teil mit einbezogen wurden.

Zu den Wochenzeitungen gehören die *Strana Kaliningrad* mit einer Auflage von 32.500 und die *Novye Kolesa* mit einer Auflage von 17.200. Beide sind eher dem Genre der Sensationspresse zuzuordnen und erwecken den Eindruck, als seien die Artikel nicht besonders gut recherchiert, weshalb sie für die vorliegende Studie zu vernachlässigen waren. Diesen Boulevardcharakter hat auch die Zeitung *Graždanin*, die als offizielle Zeitung der Stadtverwaltung eine Auflage von 5.000 hat.

Seit August des Jahres erscheint einmal wöchentlich die *Baltijskaja Gazeta* mit einer Auflage von 10.000. Die Zeitung setzt sich zusammen aus einem Politikteil, der interessant und kritisch ist, und einem Journalteil. Auch diese Zeitung war für die Recherche zu vernachlässigen, weil sie im zu behandelnden Zeitraum erst fünf Mal erschienen war.

Als überregionale Wochenzeitungen sind *die Moskovskij Komsomolec v Kaliningrade* mit einer Auflage von 11.000 und *die Argumenty i Fakty v Kaliningrade* mit einer Auflage von 10.545 zu erwähnen. Davon wurde jedoch nur die *Argumenty i Fakty v Kaliningrade* mit in die Auswertung miteinbezogen. Sie hat wie die *Komsomol'skaja Pravda v Kaliningrade* den Ruf einer Zeitung mit gut recherchierten Artikeln.

Insgesamt ist zur Presse in Kaliningrad zu sagen, dass sie sich zwar um Objektivität bemüht, ihr dies aber nicht immer gelingt. Oft sind Artikel schlecht recherchiert und werden Gerüchte in die Welt gesetzt und Behauptungen aufgestellt, die nicht der Realität entsprechen, aber die Bevölkerung beunruhigen. In der Mehrzahl wird die offizielle Meinung der Regierung der RF und der Gebietsadministration in den Artikeln und in Interviews wiedergegeben. Auch kommt es häufiger vor, dass die Artikel nicht von Journalisten geschrieben sind, sondern von Personen des öffentlichen Lebens, die ihre Interessen lobbyieren. Dies trifft v.a. auf die Zeitung *Jantarnyj Kraj* zu. Kritische Stimmen aus der Bevölkerung werden nur sehr selten, dann hauptsächlich in der *Kaliningradsckaja Pravda*, veröffentlicht. Oft werden einfach Artikel aus anderen, überregionalen Zeitungen abgedruckt oder Pressemitteilungen von Nachrichtenagenturen, ohne diese journalistisch zu verarbeiten. Dabei ist es meist schwierig, die Quellen zuzuordnen. In den Artikeln selbst ist es zudem häufig schwierig, zwischen Zitat und Kommentar zu unterscheiden, bzw. Zitate entsprechenden Personen zuzuordnen.

Trotz allem bietet aber die Presse Kaliningrads ein recht weit gefächertes Spektrum von Meinungen zur Zukunft der Oblast. Es ist während der Recherche deutlich geworden, dass man sich über die Presse intensiv mit dem Thema EU-Osterweiterung und damit verbunden der Zukunft des Gebietes auseinandersetzt.

2. Umriss der politischen Ereignisse von Januar bis September 2001

Zu Beginn des Jahres 2001 beschäftigten die Kaliningrader Presse in erster Linie zwei wichtige Ereignisse, die die Zukunft der Oblast betrafen. Dabei ging es einmal um das Inkrafttreten neuer föderaler Zollbestimmungen zum 1. Januar 2001, die sich negativ auf die SWZ (Sonderwirtschaftszone) in Kaliningrad auswirkten, weil sie im Widerspruch zu den Gesetzen standen, unter denen die SWZ gebildet wurde. Diese neuen Bestimmungen lösten heftigen Protest aus, und es kam Ende Januar zu mehreren Demonstrationen im Zentrum Kaliningrads, auf denen sich Vertreter der Wirtschaft und der Gewerkschaften sowie Abgeordnete der Gebietsduma für die Weiterführung der Gesetze zur SWZ stark machten. In der Presse wurde zur gleichen Zeit diskutiert, wie das Verhältnis der Oblast zum föderalen Zentrum in der Zukunft zu definieren sei. In diesem Zusammenhang

wurde u.a. vom Abgeordneten der Staatsduma aus Kaliningrad, Vladimir Nikitin, die Frage aufgeworfen, ob es eine Möglichkeit gebe, die Besonderheit der Oblast in der Verfassung der RF festzulegen.² Gleichzeitig mit dieser Problematik entstand innerhalb der Kaliningrader Presse eine Diskussion, bei der es um eine Strategie der Entwicklung der gesamten Region ging und die auf das zweite Ereignis hinwirkte, mit der sich die Presse intensiv auseinandersetzte: die Sitzung der russischen föderalen Regierung vom 22. März 2001 zum Thema "Die Entwicklung des Kaliningrader Gebietes". Auf dieser Sitzung wurde auf die sich verändernden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, die mit der Erweiterung der EU auf Kaliningrad zukommen, Bezug genommen und ein Katalog von Prüfungsvorschlägen erarbeitet, die sich damit beschäftigen sollen.³ Vor allem geht es hierbei um die drohende Einführung der Schengen-Visa für den Personenverkehr zwischen Kaliningrad und seinen Nachbarstaaten Polen und Litauen, den Transit durch beide Länder und um die Energieversorgung der Exklave⁴, aber auch um Fragen der Sozial- und Umweltpolitik. Mit ihren Vorschlägen trägt die Regierung der Notwendigkeit einer Annäherung an EU-Standards Rechnung und macht deutlich, dass sie in Zukunft stärker auf die besondere geopolitische Lage Kaliningrads eingehen will. In diesem "Aktionsprogramm" wurde auch das Fortbestehen der Gesetze für die SWZ beschlossen. Der Maßnahmenkatalog wurde, nachdem eine Entscheidung darüber seit dem 1. Juni (1. Termin) beständig vertagt worden war, schließlich am 4. Oktober 2001 von der Regierung beschlossen und am 7. Dezember 2001 vom Ministerpräsidenten unterschrieben.⁵

Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen wurden viele Hoffnungen verknüpft, die über die Presse veröffentlicht wurden. Entscheidend dafür war das Signal aus Moskau, dass Kaliningrad am europäischen Wirtschaftsraum teilhaben soll. Verschiedene Ereignisse, Diskussionen und Handlungsvorschläge, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Kaliningrads betreffend, schlossen sich an die Regierungssitzung vom März an. In erster Linie betraf dies die Frage der künftigen Energieversorgung der Oblast und das Visaproblem. Mehrfach wurde in Äußerungen zum Problem der Energieversorgung betont, dass es wichtig sei, den bereits vor einigen Jahren begonnenen Bau eines neuen Wärmekraftwerks

2) Борис Владимирович Никитин. Неопределённые задачи освоения Калининградской области. *Ка Прав* 15.02.2001 S. 2.

3) Press-Centr Pravitel'stva Rossijskoj Federacii: Press-Reliz: Na zasedanie Pravitel'stva Rossijskoj Federacii 22 marta 2001 goda po rassmatrivaemym voprosam byli prinjaty sledujuščie rešenija *Pravte stvo Rossijskoj Federacii* Press Centr 22.03.2001

4) Laut der Mitteilung der EU Kommission an den Rat kann das Gebiet nur 20 Prozent seines Energiebedarfs selbst decken und ist demnach bei der Energieversorgung auf Importe aus dem russischen Kernland angewiesen, die zum größten Teil über Litauen gehen. Vgl. Mitteilung der Kommission an den Rat. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Die Europäische Union und das Kaliningrader Gebiet, KOM (2001) 26, Brüssel, 17.01.2001.

5) Vgl. www.gov.kaliningrad.ru/ocronics.php3. Zuletzt wurde die Annahme durch die Regierung am 6. September 2001 abgelehnt.

wiederaufzunehmen und dieses fertig zu stellen sowie eine zweite Gasleitung, die die Exklave mit dem Kernland verbinden soll, zu errichten, um dem Gebiet zukünftig eine unabhängige Energieversorgung zu garantieren. Zudem kam es in den folgenden Monaten sowohl seitens der Regierung als auch der Gebietsadministration verstärkt zu Gesprächen mit Vertretern der litauischen und der polnischen Regierung zu Fragen bezüglich des Visaregimes, in deren Verlauf Polen die Einführung der Schengen-Visa, die für Oktober des Jahres geplant war, weiter nach hinten verschob. Litauen wiederum erklärte sich bereit, eine Lösung der Visafrage mit Kaliningrad zu suchen.

Anfang August drohte Litauen mit der Sperrung des von Kaliningrad genutzten Luftkorridors. Litauen forderte hierfür ausstehende Zahlungen ein. Eine Sperrung des Luftraums konnte nach Gesprächen mit der litauischen Regierung vorerst verhindert werden, was aber nicht über die Tatsache hinweg täuscht, dass es auch in nächster Zeit schwer möglich sein wird, die Schulden zu begleichen. Hinzu kommt, dass den Flugzeugen der "Kaliningrad Avia" ein von den EU Standards gefordertes Kollisionswarnsystem und der maroden Fluggesellschaft das Geld für die Nachrüstung eines solchen Systems fehlt. Ein großes Problem für die Oblast stellte zudem die Einstellung der Flugverbindung Kopenhagen – Kaliningrad durch die SAS Ende Oktober 2001 dar. Dieser Linienflug war die einzige regelmäßige internationale Verbindung in die Oblast. In Bezug auf Transport und Transitfragen kam es im August 2001 zur Eröffnung einer Fährlinie zwischen Kaliningrad, St. Petersburg und Kiel, was von allen Presseorganen als bedeutendes Ereignis gefeiert wurde. Diese Fährlinie steht jedoch nicht dem Personenverkehr frei, sondern befördert lediglich Lastgüter.

Ein weiteres Ereignis, das die Diskussion um die zukünftige Stellung Kaliningrads innerhalb der Presse beeinflusste, stellte die Sitzung des Sicherheitsrates der RF zur Kaliningrader Oblast am 26. Juli 2001 dar. Auf ihr wurde das Amt eines zusätzlichen Stellvertreters des Präsidenten unter Viktor Čerkessov⁶ innerhalb des Verwaltungsbezirks Nordwest, der speziell für die Oblast zuständig sein soll, eingeführt und damit die Einflussnahme des föderalen Zentrums auf Kaliningrad weiter ausgedehnt. Auf diesen Posten wurde Ende August Andrej Stepanov berufen. Zu seinen Aufgaben gehört es, sich um Wirtschaftsfragen und die Koordination der Tätigkeit der staatlichen Behörden in der Oblast zu kümmern. Gerüchte um die Umwandlung des Kaliningrader Gebietes in einen 8. Föderalen Verwaltungsbezirk erwiesen sich als falsch.

Anhand dieser Ereignisse sollen im folgenden verschiedene Varianten von Zukunftsvorstellungen für Kaliningrad, die in der Kaliningrader Presse Ausdruck fanden, dargestellt und analysiert werden.

6) Leiter des Verwaltungsbezirkes Nordwest.

3. Varianten eines zukünftigen Status der Kaliningrader Oblast

Bei einer Meinungsumfrage, die am 19. Mai 2001 in der *Kaliningradskaja Pravda*, veröffentlicht wurde, sprachen sich auf die Frage, welcher Status der Oblast den Interessen der Einwohner am ehesten entspreche, 35 Prozent der Befragten dafür aus, dass Kaliningrad einen besonderen Status innerhalb der RF haben sollte, der in der Verfassung festgelegt sein soll. Weitere 26 Prozent wünschen sich, dass das Gebiet mehr wirtschaftliche Rechte bekommen sollte, die jedoch den politischen Status des Gebietes nicht verändern. Immerhin noch acht Prozent votierten dafür, dass die Oblast in eine unabhängige Republik innerhalb der RF umgewandelt werden solle.⁷ Damit ist die Stimmungslage in der russischen Exklave⁸ recht gut erfasst. Eine große Mehrheit der Bevölkerung sieht die Notwendigkeit, angesichts der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Lage und der bevorstehenden Veränderungen an den Grenzen, einen besonderen Status innerhalb der RF einzunehmen. Wie zu zeigen sein wird, befürwortet auch nach einer Analyse der Meinungsäußerungen in der Kaliningrader Presse eine große Mehrheit eine Hinwendung zu Europa – einige mehr, andere weniger. Von einer Loslösung der Oblast von der RF ist jedoch, im Gegensatz zu Diskussionen und Meinungsäußerungen zu Beginn der 90er Jahre, nicht die Rede. Auch die "Baltische Republikanische Partei", die sich für den Status einer Republik mit einem eigenen Präsidenten ausspricht, will dies nur innerhalb der RF verwirklichen.

Man kann zwischen zwei Varianten für die Zukunft Kaliningrads unterscheiden. Zum einen ist dies eine Integration in die EU, zum anderen eine Abschottung dem Westen gegenüber. Die Befürworter einer Integration wünschen sich entweder eine Annäherung an Europa unter besonderer Einflussnahme der zentralen Regierung auf das Gebiet oder gehen weiter und setzen sich für eine Integration in die EU mit weitest möglicher Unabhängigkeit vom föderalen Zentrum ein. Motiviert sind solche Wünsche durch die Befürchtung, dass das Kaliningrader Gebiet zu einem "militärischen Vorposten" der RF zum Westen werden könnte. Dementsprechend wird die Variante einer Abschottung, die aus dem Oblast einen militärischen Vorposten zu Europa machen würde, zumeist als negativ für

7) Nach der Umfrage, die dem Kaliningrader soziologischen Zentrum von der Kaliningradskaja Pravda in Auftrag gegeben wurde, sprachen sich außerdem 9 Prozent der Befragten dafür aus, dass das Gebiet die gleichen Gesetze haben sollte, wie die anderen Republiken innerhalb der RF, weitere 9 Prozent wollten den jetzigen Status beibehalten, 13 Prozent enthielten sich. Soziologisches Zentrum Kaliningrad, Umfrage vom 7.-10.05.2001, 1000 Befragte, veröffentlicht in der *Kaliningradskaja Pravda* vom 19.05.2001, S. 1.

8) In den Artikeln wird der Begriff "Exklave" genauso häufig verwendet, wie der Begriff "Enklave". "Enklave" wird v.a. dann verwendet, wenn es darum geht, die Bedeutung und v.a. die Gefahr, die von der Osterweiterung der EU ausgeht, deutlich zu machen. Der Begriff "Exklave" dagegen wird verwandt, um die Zugehörigkeit zur RF zu betonen.

die Entwicklung eingestuft und verwendet, um die Notwendigkeit einer wie auch immer gearteten Integration in die EU und die Gefahr einer ansonsten drohenden Isolation deutlich zu machen.

Der Wunsch nach einer Abschottung dem Westen gegenüber, der ebenfalls geäußert wird, ist wiederum motiviert durch die Angst vor dem Verlust der nationalen Identität, vor einer Europäisierung Russlands, die eine Integration mit sich bringen würde.

Da sich die meisten Äußerungen in der Kaliningrader Presse wie erwähnt auf eine Annäherung an die EU und die Gefahr einer möglichen Isolation Kaliningrads im Falle der Osterweiterung der EU beziehen, soll zunächst die Ansicht dargestellt werden, die sich mit einer russischen Eigenständigkeit und einer Abschottung von Europa beschäftigt, bevor die Diskussion über eine Annäherung an Europa und einer möglichen wirtschaftlichen Integration in die EU näher betrachtet werden soll.

3.1 *Abschottung von Europa*

Die Befürworter einer Abgrenzung der Oblast und damit der RF gegenüber dem Westen betonen den russischen Patriotismus, um ihren Wunsch zu bekräftigen. Sie setzen sich mit der Identität der Kaliningrader Bevölkerung auseinander und kommen einerseits zu dem Schluss, dass die Kaliningrader keine Europäer sind, sondern Russen, andererseits, dass besonders die junge Bevölkerung der Oblast wesentlich vertrauter mit den angrenzenden und bald zur EU gehörenden Ländern Polen und Litauen ist als mit dem Mutterland, in dem sie zum größten Teil noch nie waren. Deshalb setzen sich die Vertreter dieser Variante dafür ein, dass die russische Kultur auf die Exklave ausgedehnt wird und unterstützen in diesem Zusammenhang z.B. in besonderer Weise den Bau einer orthodoxen Kirche im Zentrum Kaliningrads, mit dem vor einigen Jahren begonnen wurde.⁹ Es wird darauf hingewiesen, dass Russland und Europa immer Feinde gewesen seien und nie Freunde werden könnten.¹⁰ Man hat Angst vor dem Verlust des Russischen, vor einer "Europäisierung" und zugespitzt vor der Vertreibung aus der Oblast infolge einer sukzessiven Vereinnahmung durch Europa. Deshalb, so fordern Vertreter dieser Variante, muss Russland seinen Einfluss auf das Gebiet ausdehnen.¹¹ Idealerweise sollte ein Gouverneur von Moskau eingesetzt werden, der unabhängig von den in Richtung Europa gerichteten Einflüssen vor Ort

9) Der Bau dieser Kirche ist deshalb von so großer Bedeutung, weil es im gesamten Kaliningrader Gebiet bis auf die ebenfalls nach 1991 neu gebaute orthodoxe Kirche in Bagrationovsk nur in orthodoxe Kirchen umgeweihte Kirchengebäude gibt.

10) Solin, K.: Kto-to složet žt zdes vmesto nas? *Ка Прав* 22.06.2001 S. 7

11) Ebd.

ist und die Linie des Zentrums durchsetzen kann. Man sei im westlichen Europa fremd und schließlich wie durch eine Nabelschnur mit Russland verbunden.¹²

In dieser Variante wird die allgemeine Identitätsproblematik der russischen Gesellschaft deutlich, bei der es schon seit langem um die Frage geht, ob Russland zu Europa gehört oder einen eigenen Kulturraum vertrete. Diese Problematik erhält in Kaliningrad angesichts der Ansiedlung der russischen Bevölkerung in dem ehemals deutschen Gebiet und damit verbunden der Unsicherheit bezüglich der Legitimität der Anwesenheit dort eine besondere Brisanz. Hinzu kommt die besondere geopolitische Lage der Oblast, die es vor allem der dort geborenen und aufgewachsenen Jugend erschwert, sich mit dem Mutterland zu identifizieren.¹³

Die Angst vor dem Verlust der Oblast wird zudem wiederholt durch Gerüchte geschürt, die einen Verkauf des Gebietes an Deutschland in Aussicht stellen. Ende Januar 2001 wurde eine solche Nachricht in der ausländischen Presse verbreitet, und von der Kaliningrader Presse als sehr beunruhigend aufgegriffen.¹⁴ Diesem Gerücht zufolge sollte Kaliningrad für 33 Milliarden US-\$ an Deutschland verkauft werden, was, laut dem Artikel im Daily Telegraph, den Schulden der RF in Deutschland entspreche.¹⁵ Der Vertreter des Außenministeriums der RF in Kaliningrad Artur Kusnecov erinnerte in diesem Zusammenhang in einem Interview in der *Komsomol'skaja Pravda* daran, dass in Kaliningrad die Schwiegermutter Präsident Putins lebe und es schon deshalb keine Gefahr gebe, dass das Gebiet an das Ausland verkauft werde.¹⁶ Hierzu äußerte sich der Journalist Artem Dunaev in einem Artikel sehr abwertend. Er ist der Meinung, dass die Schwiegermutter als Garantin der Ganzheit des Staates die Kaliningrader zum allgemeinen Spott werden lasse.¹⁷

Gerüchte über einen Verkauf der Oblast tauchen mit einer gewissen Regelmäßigkeit in der Kaliningrader Presse auf. So im Zuge der Präsidentschaftswahlen in Weißrussland im September des Jahres: Anfang des Monats kam das Gerücht auf, dass es einen Vertrag zwischen dem Gegenkandidaten zu Präsident Lukašenko Gončarik und dem Westen gebe demzufolge bei einem Sieg Gončariks ein Teil Weißrusslands an Polen gehe Polen wiederum werde einen Teil seines Gebietes an Deutschland abgeben, damit die Kaliningrader Oblast durch einen "Baltischen Korridor" mit Deutschland verbunden werden könne. An-

12) G Gor' n Bazaž vočza Rossija? Ka Prav 3 08 2001 S 5

13) Eine Identitätsfindung wird außerdem dadurch erschwert, dass in das Gebiet viele Flüchtlinge aus Bürgerkriegsregionen in Gebieten der ehemaligen UdSSR kommen, die nicht der russischen Nation angehören.

14) Die englische Zeitung "Daily Telegraph" hatte einen entsprechenden Artikel veröffentlicht.

15) Čto ja vsa a Del Teograf Kom Prav v Ka 23 01 2001 S 4

16) V čto ja Čerova Naš garant teša Putja Kom Prav v Ka 23 01 2001 S 5

17) Artem Dunaev To evropskoe zerkalo čvoe to Ka rlyadskala delstve rost čuže nekuda, Jant. Kraj., 24.01.2001, S. 1.

schließlich solle mit Hilfe eines Kompromats¹⁸ Putin erpresst werden, die Oblast ganz aufzugeben.¹⁹ Dieser Artikel ist zwar nur in der *Komsomol'skaja Pravda* in einer kleinen Spalte erschienen, inhaltlich nicht begründet und kaum ernst zu nehmen. Dennoch ist das Gerücht eine Möglichkeit, vorhandene Ängste zum Ausdruck zu bringen bzw. neue Ängste in der Bevölkerung zu schüren.

Auch wenn Meinungen, die auf eine Abgrenzung zwischen Russland und Europa zielen, nicht besonders häufig in der Kaliningrader Presse auftauchen und wenn, dann nur als persönliche Meinungen, artikulieren sie dennoch ernst zu nehmende Besorgnisse in der Bevölkerung.

3.2 Annäherung an die EU

Wird von einer Integration in die EU gesprochen, so kommen die verschiedensten Möglichkeiten und Ideen auf den Tisch. Im Gegensatz zu der im vorherigen Kapitel dargestellten Betonung der russischen Nationalität sehen sich Vertreter dieser Variante eher der europäischen Kultur nahe. Begründet wird dies damit, dass die Kaliningrader schon allein durch die geopolitische Lage Europa näher seien als Russland: Sie haben immer ausländisches Fernsehen gesehen, sie können Fremdsprachen (u.a. eben auch Litauisch und Polnisch), verstehen sich in ausländischer Elektronik, im Kfz- und Schiffsbau.²⁰ So betonte die Gebietsfraktion der SPS²¹ auf einer Pressekonferenz Mitte Juli 2001, dass es die nationale Idee Russlands sein sollte, zu Europa, zur christlichen Zivilisation zurückzukehren, und das soziale Ideal für die Kaliningrader könnte die Devise sein: "europäisch leben, russisch sprechen!".²² Die SPS tritt ein für "Freiheit, Eigenständigkeit, Gesetzmäßigkeit".²³

Bevor auf Wünsche und Vorstellungen für eine Annäherung an die EU, die in der Presse ausgedrückt werden, näher eingegangen wird, sollen zunächst Ängste vor einer zunehmenden Isolation der Oblast, die häufig als Begründung für die Annäherung geäußert werden, betrachtet werden. Befürchtungen, Kaliningrad könne sowohl von Russland als auch von Europa abgeschnitten werden, werden wie folgt artikuliert: der Historiker und Diplomat Aleksandr Anisimov beispielsweise warnt in einem Interview in der *Argumenty i Fakty v Kaliningrade* davor,

18) Kompromittierendes Material (komprometirujuščij material)

19) О ещ каš ĩ Možete soo rat čemodan ĩ ne dož dat tovarjaka Kom Prav v Ka 7 09 2001 S. 12.

20) V Z Moskve my ne ĩžny Aotatam? Ka Prav 3 08 2001 S 5

21) Union Rechter Kräfte (Sojuz pravych sil).

22) Ž t ĩ evropejskĭ ĩovort ĩo rĭsskĭ ĩ var Derlay ĩ Ž t ĩo evropejskĭ ĩovort ĩo rĭsskĭ Kal. Prav., 10.07.2001, S. 2.

23) Ebd.

dass Kaliningrad zu einem "russischen Reservat an der Ostsee"²⁴ werden könne. Diese Gefahr drohe, wenn die Schengen-Visa eingeführt, die Zölle erhöht werden und die Preise für Energie und andere Waren, die eingeführt werden müssen, steigen. Infolgedessen würden die sozialen Spannungen zunehmen und der Lebensstandard sinken.²⁵ Um die Dringlichkeit einer Annäherung an westliche Standards deutlich zu machen, wird in anderen Artikeln außerdem auf die Gefahr einer Wiederherstellung des eisernen Vorhangs (železnyj zanaves) hingewiesen.²⁶ Etwas abgemildert warnt Anisimov davor, dass die Oblast statt von einem "eisernen" durch die Einführung der Schengen-Visa und europäischer Standards in den Nachbarstaaten in Zukunft von einem "papierenen Vorhang" umgeben sein könne.²⁷ In diesem Zusammenhang verweist der Journalist Rašid Jafasov im *Jantarnyj Kraj* auf eine "diskriminierende Politik" der Nachbarländer in Bezug auf Tarife, Visa, etc.²⁸



"Dem Kapital ist es also erlaubt und uns nicht?",

Aleksej Evtušenko, Kaskad, 10.01.2001, S. 1.

Aleksej Baliev, der ebenfalls für den *Jantarnyj Kraj* schreibt, macht außerdem darauf aufmerksam, dass es im Zuge einer Osterweiterung der EU dazu kommt, dass zwei wirtschaftliche Blöcke aufeinandertreffen. Er meint damit die EU und die Union zwischen Russland und Weißrussland, denn während sich die EU nach Osten bewege, bewege sich die Russisch-Weißrussische Union gleichzeitig nach Westen. Deshalb, so fordert er, müsse es Vereinbarungen zwischen der EU und

24) Елена Зощаркова Александр Анисимов На молвзы Јад ѡрав те ство в тѡке Аѳ в Ка № 15/2001, S. 2.

25) Ebd.

26) Siehe u.a. Aljona Brezickaja: "Železnyj zanaves" realen, Kaskad, 14.04.2001, S. 2. Auf diese Gefahr verwies auch Solomon Ginsburg mit Bezug auf die Sitzung des Sicherheitsrates der Рѳ зѡм Ка гѡрѡдер Геѡ ет с ере dazu Соѡ рѳ Же зѡм Јанавес вместо ѡарѡатѡм? Ком. Прав. в Ка., 26.07.2001, S. 4.

27) Елена Зощаркова Александр Анисимов На молвзы Јад Аѳ в Ка № 15/2001 S. 2

28) Rašid Jafasov Svobodnaja ěkonom ěskaja zora Ка гѡрѡдск Јварѡт Јант Крај 23.06.2001, S. 2.



"Der TACIS-Diätarzt zum Patienten: 'Iss Ananas und kaue Rjabčiki
Bei Rjabčiki handelt es sich um einen seltenen Vogel, eine Delikatesse, für normale Russen genauso unerschwinglich wie Ananas.

Vladimir Milejko, Jant. Kraj, 19.06.2001, S. 2.

Art Splitter im Körper der internationalen Gemeinschaft. Das Ringen um die Zukunft der Oblast vergleicht die Journalistin Oksana Arjutova mit einem diplomatischen Fußballspiel, in dem das Gebiet der Ball sei.³⁶ In solchen bildlichen Äußerungen wird die problematische geopolitische Lage der Exklave und die Zukunftsangst der Bevölkerung besonders deutlich. In einem weiteren Artikel stellt Arjutova die Sichtweise der EU zu der Problematik der Oblast wie folgt dar: die EU befürchte, dass Kaliningrad nach der Osterweiterung zu einem Herd der Verbreitung aller möglichen Probleme werde und der EU in den kommenden Jahren nicht wenig Kopfschmerzen bereiten werde. Sie verweist in diesem Zusammenhang u.a. darauf, dass in der Oblast zwar die Baltische Flotte stationiert sei, der soziale Standard aber um einiges niedriger sei als der durchschnittliche in Europa.³⁷

Ähnlich äußert sich auch Viktor Čertkov vom *Jantamyj Kraj* in einer Zusammenfassung der Resultate der Regierungssitzung vom 22. März. Seiner Meinung nach ertrage Europa keine "Nische" (niša), die sich als ein Reservat darstellt: eine Nische mit Ausschweifungen und Krankheiten. Statt dessen müsse Russland den "westlichsten Teil seines Körpers" in Ordnung bringen, um so mehr als es um menschliche Schicksale gehe und darum, die Ganzheit des russischen Staates zu bewahren.³⁸ Der Stellvertretende Leiter der Gebietsadministration Michail Cikel' gar vergleicht die Beziehung der Exklave zur EU mit einer bevor-

36) Oksana Arjutova Rezervac ja d la ž te el OĖZ Kaskad 13 07 2001 S 1 u 2

37) Ne sekret čto v ES opasajtsja čto vos e oždaemo vstupu enja Po š _ tvy v Evrosoluz raša op ast yde oaz rjetsja Baltskifot a jrover ž zn v declak r že sredneevropejskogo staret očayom rasprostranen ja vsevozmožnych ykostem Tak čto raša nepo šala s v d j oblast' sulit ES nemaluju golovnuju bol' na gody vpered." Oksana Arjutova: Zabolit golova und ES, Kaskad, 15.02.2001, S. 3.

38) Viktor Čertkov Moskva ne čtočet terlat Ka rnyradskuju op ast Jant Kraj 24 03 2001 S 1

stehenden Hochzeit. Hierbei sei die EU ein recht launischer Bräutigam, der der Oblast (der Braut) vorwerfe, dass sie krank sei, Tuberkulose und AIDS habe. Seine Braut sei eine Rauschgiftsüchtige und Prostituierte und züchte außerdem das organisierte Verbrechen.³⁹

Auffallend bei der Artikulation der Ängste ist, dass diese meist in Bildern umschrieben werden. Dies könnte ein Ausdruck davon sein, dass man eigentlich nicht so genau weiß, wovon man spricht, was eine Annäherung an die EU bzw. eine Isolation überhaupt für das Gebiet bedeuten könnte. Zumindest scheint es schwer zu sein, das, was mit der EU-Osterweiterung auf Kaliningrad zukommt, zu präzisieren. Es wird aber deutlich, dass die Menschen Angst vor der Isolation haben. Als Antwort darauf, welche Alternative man habe, wird sehr häufig die einer Öffnung Europa gegenüber genannt. Das föderale Zentrum in Moskau, das die Exklave als einen vom Kernland "untrennbaren" Teil ansieht, macht mit ihrem Maßnahmenkatalog vom März 2001 ein erhöhtes Interesse an Kaliningrad deutlich. Ebenso ist eine Annäherung an die EU für die Interessen der Oblast selbst wichtig, weil hier besonders stark die Gefahr der Isolation von der RF aber auch von Europa gesehen wird.

3.2.1 Pilotregion

Wird in der Presse über eine Hinwendung zur EU gesprochen, so fallen häufig die Begriffe Kaliningrad als "Pilotregion" und als "Brücke zwischen der EU und der RF". Der Begriff "Pilotregion" wurde zum ersten Mal im Herbst 1999 im Zuge der Ausarbeitung einer EU-Strategie von Seiten Russlands verwendet. In der großen Mehrzahl wird damit eine stärkere Liberalisierung der Wirtschaft, aber auch mehr Kontrolle durch das Zentrum verbunden. Leider sind diese beiden Begriffe bisher weder von Präsident Putin oder der Regierung der RF noch von anderer Seite weiter definiert worden. Diese Tatsache öffnet die Begrifflichkeiten für die verschiedensten Interpretationen, was zur Folge hat, dass jeder seine Vorstellungen einbringen kann, auch wenn sie sich als noch so unrealistisch darstellen. Dementsprechend gibt es auch die unterschiedlichsten Überlegungen dazu und Wunschvorstellungen darüber, wie eine solche Region auszusehen hat.

So stellt der Journalist der *Kaskad* Jurij Mën in einem Artikel über die Beziehung zur EU drei mögliche Varianten Kaliningrads als einer Brücke zwischen Russland und der EU dar: demnach könne es eine Einbahnstraße geben, auf der die Bürger der EU in das Kaliningrader Gebiet kommen, ihre Waren dorthin bringen, den Kaliningratern aber keine Möglichkeit gegeben wird, Europa zu besuchen (An-

39) "Ty, govorit on svoej ,nevestu', SPIDom i tuberkulezom bol'na, ty narkomanka i, prostitue, prostitutka A ešče ty oščazovana i nuzna prestupnost razvodš. M o r a Ć e n i t e r v e w m t einem Korrespondenten für das japanische Informationsbüro "Kiodo Cusin" aus Moskau: Svatovstvo, Kaskad, 17.02.2001, S. 4.

Auch der Sekretär des Sicherheitsrates der RF Sergej Ivanov wird in der *Straž Baltiki* als ein Befürworter einer Öffnung des Kaliningrader Gebietes für den europäischen Wirtschaftsraum zitiert. Er hält es für notwendig, eine Exportindustrie zu schaffen. Zudem wäre es von Vorteil, eine entsprechende "Nische" zu finden, die es erlaubt, nicht nur Waren für Europa, sondern genauso für Russland herzustellen. Dies könne mit der Tatsache erzielt werden, dass in Russland die Energie und die Arbeitskraft billiger sind als in Europa. Der Aufstieg der Wirtschaft könne jedoch nur dann erfolgen, wenn Russland dies selbst in die Hände nehme, da die EU seiner Meinung nach darin kein Geld investieren werde.⁴⁷ Ivanov betonte im Anschluss an die Regierungssitzung vom 22. März aber gleichzeitig, dass die Exklave ein unbedingter Bestandteil der RF sei. Er sieht die Zukunft Kaliningrads als eigenes, russisches Problem an.⁴⁸

Im Zusammenhang mit der Betonung des Gebietes als von der RF untrennbar bemerkt der Leiter des Ressorts für Politik der *Kaliningradskaja Pravda* Boris Nisnevič in einem Artikel dass dies wie ein Gebet klinge das unbedingt vor jedem Auftritt wiederholt werden müsse, während die EU nur sage: "Ja! Russland und nur Russland!"⁴⁹ Dazu führt er aus, dass wenn die EU bereit wäre, über den Transport, den Austausch von Menschen und Waren sowie über Präferenzen im Handel einen entsprechenden Zugang zur Oblast zu entwickeln, dies der Region eine besondere Vollmacht für die Zusammenarbeit mit der EU geben würde. Dementsprechend dürfe der Zugang zur Oblast nicht wie der zu einem gewöhnlichen Subjekt der RF sein.⁵⁰

Geht es darum, zu definieren, was ein Projekt "Kaliningrad als Pilotregion" für das Gebiet bedeuten könnte, so wird deutlich, dass dies innerhalb der Oblast fast durchweg als positiv für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen wird. Doch oft wird der Begriff einfach in der Schlagzeile eines Artikels oder als Schlagwort irgendeines Politikers verwendet und nicht weiter präzisiert. Es ist auffällig, dass sich viele Artikel mit der Frage, was eine "Pilotregion" für das Gebiet bedeuten könnte, beschäftigen. Eine Antwort darauf kann jedoch ohne eine Definition bzw. eine offizielle Erklärung Kaliningrads als Pilotregion seitens der Regierung nicht gefunden werden.

3.2.2 Russisches Wirtschaftszentrum im Übergangsbereich zur EU

Neben der Diskussion darüber, wie eine "Pilotregion Kaliningrad" aussehen könnte, gibt es Vorschläge, die auf eine Statusveränderung der Oblast innerhalb

47) Ю. Дмитриев О Школке в Калининграде проблема государственная *Straž Baltik* 27.3.01 S. 1

48) Ebd.

49) Стали же как же es как некая по тческая по тва олзате ын пер ed каždyм vystupenem по тчат . Калининрад неот ем ена част Росс Это же ежу по тчат по ES по тчат .Yes Росс то ко Росс Борис Нисневич За черной чертой заход т Калинин Prav., 27.03.2001, S. 1 u. 2.

50) Ebd.

der RF hinzielen. Verschiedene Akteure veröffentlichen über die Presse Pläne, die sich mit der Umwandlung Kaliningrads in ein europäisches Bildungs-, Handels- und Wirtschaftszentrum beschäftigen. So macht beispielsweise das "Gesellschaftliche Komitee zur Entwicklung der SWZ" den Vorschlag, die Oblast finanziell unabhängig vom Zentrum zu machen und neben der SWZ ein internationales Finanz- und Handelszentrum für ausländisches Kapital "mitten in Europa" zu schaffen.⁵¹ Wie dieses Vorhaben funktionieren und finanziert werden soll, bleibt allerdings unerwähnt. Zur Lösung dieser Problematik gibt es jedoch Vorschläge von anderer Seite. Michail Nikitin⁵² ist der Meinung, man könne sich am Beispiel Irlands orientieren. Damit impliziert er den Export von Wissen, insbesondere auf dem Gebiet der Informatik. Die Idee, die dahintersteckt, fußt auf dem Mangel an Fachkräften in Deutschland und anderen Ländern der EU v.a. auf dem Gebiet der Informatik. Kaliningrad habe eine günstige Nähe zu Europa, um dieses mit Fachkräften zu versorgen, und den Vorteil, über entsprechende Spezialisten zu verfügen. Insofern könne die Oblast tatsächlich zu einer "Pilotregion" werden, in der der Erfolg Irlands wiederholt werde und dann auch als Konzept in ganz Russland zum Tragen kommen könne.⁵³ In einem Interview mit Boris Nisnevič macht Venjamin Eremeev⁵⁴ zudem den Vorschlag, das "Haus der Räte" (Dom Sovetov) als Zentrum für Wirtschaftsunternehmen wiederherzustellen.⁵⁵ Hiervon verspricht er sich, mehr Investoren anzuziehen. Im Bereich der Bildung berichtete die *Kaliningradsckaja Pravda* Anfang September von dem Vorschlag Gouverneur Egorovs, auf der Basis der Kaliningrader Staatlichen Universität (KGU) ein Zentrum für Sprachen und Kultur der Ostseeanrainer zu errichten.⁵⁶ Hinzu kommt der Vorschlag des Vorsitzenden des Komitees der Gebietsduma für natürliche Ressourcen Aleksandr Beljakov, eine Bernsteinbörse zu gründen. Davon verspricht er sich die Steigerung des Volumens an Bernstein, der Zahl der Arbeitsplätze und damit eine Erhöhung der Zahl der Steuerzahler.⁵⁷ Im *Majak Baltiki*, wird ebenfalls die Sicht vertreten, Kaliningrad könne zu einem Handelszentrum der kleinen und mittelständischen Betriebe zwischen Ost und West werden, zu einem Platz der Begegnung von Menschen, Waren, Technologien, Finanzen und Diensten. Es könnten Konferenzen und Seminare stattfinden.

51) Общественный комитет по развитию ОЭЗ в Калининградской области: Россия – Калининград – Европа, o.O., o.J.

52) Prof., Physikozyent an der Kaliningrader Staatlichen Universität (KGU).

53) Irland wird insofern als Beispiel herangezogen, als es ebenso wie Kaliningrad ein recht kleines Land mit wenig eigenen Ressourcen ist. Michail Nikitin: Vpered, na Zapad, Kal. Prav., 10.01.2001, S. 2.

54) Mitglied des Komitees der technischen Wissenschaften.

55) Борис Нисневич Венjamin Eremeev: Scenario razvija mozet byt samyj goščinnyj kraj Kal. Prav., 21.03.2001, S. 1.

56) Гаура Петренко: Razgovor o buduščem oblasnoj stran Jarit Kal 31 08 2001 S 1 Press cenzura AO Gubernator vydvaet rcatvy Kal Prav 1 09 2001 S 1

57) Александр Попков: B'žba d la Jarita'la Kaskad 8 09 2001 S 4

Außerdem sei Kaliningrad ein idealer Platz für Handelstreffen. Als Vorbedingung müsse jedoch eine Strategie der Entwicklung der Oblast sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf sozialem Gebiet erarbeitet werden.⁵⁸ Auch der Vizesprecher der Gebietsduma Sergej Kozlov betont, dass die Oblast, gestützt auf die SWZ, eine experimentelle Plattform für wirtschaftliche und politische Neuerungen und sogar ein Zentrum der internationalen Zusammenarbeit werden könne. Er spricht sich jedoch dafür aus, die Funktion eines Subjektes der RF beizubehalten und gleichzeitig ein Subjekt der wirtschaftlichen Tätigkeit der EU zu werden.⁵⁹

Mitunter wird als Vergleich auch das Verhältnis der Schweiz zur EU herangezogen. So berichtet die *Kaskad* über einen Vorschlag Gouverneur Egorovs, den er in einem Interview im litauischen Fernsehen gemacht hatte. Danach solle man sich v.a. in Bezug auf zukünftige Visa- und Transportfragen am Beispiel der Schweiz orientieren, die ebenfalls kein Mitglied der EU sei.⁶⁰ Der gleiche Vorschlag kommt von Vitautas Lopata.⁶¹

Neben solchen Ideen wird zudem immer wieder ein Vergleich der Exklave mit dem Status, den Hongkong innehat, gezogen. Dabei ist oft unklar, was damit gemeint ist, denn der Begriff "Hongkong" steht für zwei Dinge: einen besonderen politischen Status und eine sehr gute wirtschaftliche Entwicklung.

Ein Anlass für einen Vergleich des Gebietes mit Hongkong bot erneut zu Beginn des Jahres 2001 der Besuch des Beauftragten der EU für Außenbeziehungen Chris Patten in Kaliningrad. In den Zeitungsberichten, in denen über diesen Besuch berichtet wurde, wurde immer wieder betont, dass Patten früher Gouverneur in Hongkong war und die Frage danach aufgeworfen, ob man das Gebiet in ein russisches bzw. baltisches Hongkong umwandeln könne. Doch ähnlich wie der Begriff "Pilotregion" wird auch der Begriff "Hongkong" in vielen Artikeln einfach als Schlagwort verwendet, aber nicht weiter ausgeführt, was damit gemeint ist. Daraus wird deutlich, dass die Mehrheit mit diesem Begriff eben nicht viel mehr verbindet, als eine vage Hoffnung darauf, dass auch Kaliningrad zu einer "blühenden Landschaft" werden könnte. Begründet wird ein solcher Vergleich damit, dass auch Kaliningrad eine Sonderwirtschaftszone ist. Eine Umwandlung in ein russisches bzw. baltisches Hongkong wird jedoch unterschiedlich eingeschätzt und beurteilt, wobei auch hier nicht deutlich wird, was mit diesem Bild überhaupt verbunden wird. In einem ist sich die Mehrheit bei dieser Variante jedoch einig. Es geht hier lediglich um den wirtschaftlichen Status der SWZ

58) Viktor T.E.: Programma budet, a est' li ideja?, Majak Baltiki, Beilage der Kal. Prav., 7.09.2001, S. 26.

59) Alena Brezickaja: Eksperimental'naja ploščadka? Možet byt' *Kaskad* 10.02.2001 S. 4

60) Interview mit Egorovs in litauischen Fernsehen am 13.03.2001, *Kraj My do žyvj ostavat'sja dobrymi sosedami*, Jant. Kraj, 13.03.2001, S. 2.

61) Lopata ist Abgeordneter der Gebietsduma und Mitglied des Politischen Rates der Organisation "Jabloko". Ebd. Innokentij Obodkov: Opjat' pilotnyj region?, *Kaskad*, 22.05.2001, S. 1.

Kaliningrad, nicht aber darum, sich vom föderalen Zentrum politisch zu entfernen, indem man den Status des Gebietes ändert. So betont u.a. der Vizesprecher der Gebietsduma Sergej Kozlov, dass die Kaliningrader nicht das politische Schicksal Hongkongs teilen wollen, sondern das wirtschaftliche.⁶² Die SPS allerdings erachtet es für notwendig, die Oblast in ein russisches Hongkong zu verwandeln, indem man ihm maximale wirtschaftliche und administrative Freiheit gewährt.⁶³ Ganz anders urteilt der Journalist Artem Dunaev. Er vertritt die Ansicht, dass ein solcher Vergleich überhaupt nicht gezogen werden könne, da der Status einer SWZ in Kaliningrad nicht den internationalen Standards entsprechend eingeführt worden sei. Es gebe keine offenen Grenzen, keinen freien Kapitalfluss. Aus diesem Grund könne die SWZ Kaliningrad niemals zu einer "Boomtown" werden.⁶⁴

Motiviert sind Vorschläge wie die oben genannten durch die Angst, als zukünftige Enklave ein sozial und wirtschaftlich schwarzes Loch (černaja дыра) innerhalb der EU zu werden.⁶⁵

Alle dargestellten Varianten, die vor allem von Vertretern der Wirtschaft und entsprechenden Interessenverbänden aber auch von der Intelligenz vertreten werden, haben jedoch eines gemeinsam: sie beabsichtigen, den politischen Status der Exklave, d.h. das Verbleiben im Verband der RF, beizubehalten und wollen nur in Wirtschaftsfragen mit der EU kooperieren. Auffällig ist jedoch, dass bei all diesen Vorschlägen keine Angaben darüber gemacht werden, wie die Ideen und Konzepte realisiert, v.a. finanziert werden sollen. Es drängt sich der Schluss auf, dass die Unsicherheit in Bezug auf die Zukunft Kaliningrads angesichts der bevorstehenden Erweiterung der EU eine Tendenz zum Phantasieren zur Folge hat. Es werden Vorschläge gemacht, die zum Teil nicht mehr mit der Realität vereinbar sind.

3.2.3 *Baltische Republik als EU-Mitglied*

Eine Veränderung nicht nur des wirtschaftlichen, sondern auch des politischen Status der russischen Exklave wird in erster Linie von der Baltischen Republikanischen Partei (BRP) mit ihrem Vorsitzenden Sergej Pasko vertreten. Besonders Anfang des Jahres, als über die Einführung der neuen Zollgesetze heftig diskutiert wurde, war Pasko mit seinen Vorschlägen stark in der Presse vertreten. Im Internet sind die Ziele der BRP kurz umrissen: man will eine "Baltische Republik" als souveränes staatliches Gebilde errichten. Dazu soll ein Referendum ab-

62) Andrej Mulkachajnen, Elena Anašenko: 10 minut, kotorye izmenjat našu sud'by, Kom. Prav. v Kal., 22.03.2001, S. 5.

63) Parlamentskaja Gazeta: Kaliningradskaja oblast': "Rossijskij Gonkong" ili federal'naja zemlja?, Jant. Kraj, 5.07.2001, S. 1.

64) Artem Dunaev: To li evropejskoe zerkalo krivoe, to li Kaliningradskaja dejstvitel'nost' čuže nekuda, Jant. Kraj, 24.01.2001, S. 1.

65) Vadim Sazonov V svedecenije rečuzdaensla časod 31.07.2001 S. 2

EU zu verhandeln, also getrennt von Russland eine Art Mitglied der EU werden. Wie genau diese Mitgliedschaft aussehen soll, wird nicht weiter ausgeführt. Unterstützt würde diese Idee vom Gouverneur des Gebietes Novgorod, Michail Prusak.⁷³ Zu diesem provozierenden Artikel meldeten sich mehrere Politiker aus der Oblast, u.a. auch Sergej Pasko (BRP), der die Idee unterstützte, zu Wort. Auch der Leiter der Wirtschaftsabteilung der Gebietsverwaltung Vitalij Ždanov hielt eine solche Variante in drei bis vier Jahren für durchaus möglich. Andere stehen dem eher skeptisch bis ablehnend gegenüber.⁷⁴ Der Abgeordnete der Gebietsduma Boris Šuškin beispielsweise vertritt die Meinung, dass die politische Elite der Region nicht in der Lage wäre, eine Republik zu führen. Šuškin hält die Variante einer "Kaliningrader Republik" jedoch nicht für gänzlich unmöglich. Seiner Meinung nach wäre ein solches Vorhaben eher durchzusetzen, wenn die Oblast wirtschaftlich unabhängiger wäre.⁷⁵ Eine Gegenposition dazu wurde von Michail Cikel' und Artur Kuznecov vertreten, die es für gänzlich ausgeschlossen hielten, dass die Oblast unabhängig werden könnte und man innere russische Fragen dem Diktat der EU unterwerfen würde.⁷⁶

Der Jurist Stanislav Kargopolov vertritt ebenfalls die Meinung, dass Kaliningrad nur zu einem Bindeglied zwischen Russland und Europa werden könne, wenn es administrativ und territorial von der RF getrennt ist. Denn, so sagt er, das Leben und die Arbeit der Kaliningrader hängt schon jetzt in sehr viel höherem Maße von den angrenzenden Ländern ab als von Moskau. Kargopolov warnt davor, dass je schlechter es den Menschen in Kaliningrad gehe, desto stärker würden die Überzeugungen werden, dass das Gebiet nicht bei Russland bleiben solle.⁷⁷ Er sieht es als durchaus realistisch an, dass die Oblast, indem sie ein Teil der RF bleibt, getrennt von dieser mit dem Status einer Republik ein Mitglied der EU werden und auf diesem Wege alle wirtschaftlichen und sozialen Aspekte, die sie betreffen, ohne Russland mit der EU verhandeln könne.⁷⁸ Auch er befürwortet also die Idee, die russische Exklave in eine Republik zu transformieren, damit sie Mitglied der EU werden kann und ihre Angelegenheiten ohne die RF als Vermittler selbständig mit der EU regeln kann.

Auch in diesen Ausführungen wird deutlich, dass Pläne entwickelt werden, man aber nicht darüber reflektiert, ob und wie sie zu realisieren sind. Allerdings geht niemand soweit, eine völlige Loslösung von Russland zu propagieren. Offensichtlich fühlt man sich dem Mutterland genügend verbunden und dem Westen zu fremd, um über eine solche Möglichkeit zu diskutieren.

73) Алексей Чижик Станет област республикой (Rossijskaja Gazeta), Jant. Kraj, 15.05.2001, S. 2.

74) Как Шустова хочет вывести область из состава РФ? Каскад 16.05.2001 S. 2

75) Ebd.

76) Виктор Чернова Янтарная республика Ком. Прав. в Ка. 15.05.2001 S. 4

77) Stanislav Kargopolov: Pustite Kaliningradskuju oblast' v ES!, Jant. Kraj, 21.03.2001, S. 1 u. 2.

78) Ders.: Kaliningradskoj oblasti otkryta dver' v Evrosojus, Jant. Kraj., 16.05.2001, S. 2.

4. Fazit

Geht es um die Zukunft der Kaliningrader Oblast, so lassen sich zwei Varianten, die verschieden ausgelegt werden, beobachten. Zum einen ist dies eine Abschottung gegenüber dem Westen und die Betonung der eigenen, russischen Nationalität und Kultur, die sicherlich auch aus der Angst vor einem Verlust des Gebietes geboren ist. Demgegenüber steht die von der Mehrheit vertretene Forderung nach einer Annäherung an die EU, motiviert durch die Angst, zukünftig von Russland und der EU isoliert zu werden. Dabei ist es wichtig, die Oblast annähernd konkurrenzfähig gegenüber ihren nächsten Nachbarn Polen und Litauen, die in absehbarer Zeit der EU angehören werden, zu machen. Dies hat die Regierung der RF erkannt und mit ihren Prüfvorschlägen der Situation Rechnung getragen. Die Notwendigkeit einer Öffnung Europa gegenüber wird also auch von der Regierung der RF gesehen. Wie diese Öffnung aussehen soll und könnte, wird in unterschiedlichsten Varianten dargelegt. Auffallend ist dabei, dass zwar eine große Mehrheit der Bevölkerung der Oblast für eine Veränderung des Status innerhalb der RF eintritt, eine Separation des Gebietes von Russland jedoch in allen genannten Varianten nicht zur Debatte steht.

Die Bandbreite der in der Presse veröffentlichten Vorstellungen über eine Zukunft Kaliningrads in Bezug auf die Erweiterung der EU zeigt deutlich, welche Unsicherheit in Bezug auf diese Fragestellung existiert und wie viel Raum damit für z.T. realitätsferne Wunschphantasien gegeben ist.

5. Anhang

5.1 Quellenverzeichnis

- Arjutova, Oksana: Zabolit golova und ES, Kaskad, 15.02.2001, S. 3.
 -- Reservacija dlja žitelej OĖZ Kaskad 13 07 2001 S 1 u 2
 Baliev, Aleksej: Kaliningrad v blokade ne ostanetsja, Jant. Kraj, 10.08.2001, S. 1.
 Bočarnikova Elena Aleksandr Anisimov Na moJ vzryjad Pravitelstvo v tu pike AiF v Kal., Nr. 15/April 2001, S. 2.
 B S Parom na Kil Straž Baltiki 4 08 2001 S 2
 Brezickaja Alena Eksperimentalnaja ploščadka? Možet byt Kaskad 10 02 2001 S 4
 -- Železnyj zaves realen Kaskad 14 04 2001 S 2
 Černova Viktorija Naš garant teša Putina Kom Prav v Kal 23 01 2001 S 5
 -- Jantarnaja respublika, Kom. Prav. v Kal., 15.05.2001, S. 4.
 Čertkov Viktor Moskva ne chočet terjat Kaliningradskuju oblast Jant Kraj 24 03 2001 S. 1.
 Čičkin Aleksej Stanet li oblast respublikoj (Rossijskaja Gazeta) Jant Kraj 15 05 2001 S. 2.
 Chmurčik Aleksandr Gry bez pravil ili cinizm kak suščnos t vlasti Kal Prav 27.01.2001, S. 2.
 DerJajin Ivan Žit po evropejskij govorit po russkij Jant Kraj 10 07 2001 S 2

- Dmitirev Ju. O Ščeblykin Kaliningrad Problema gos udars tvennaja Straž Baltiki 27.03., S. 1.
- Dunaev, Artem: To li evropejskoe zerkalo krivoje, to li Kaliningradskaaja dejstvitel'nost' čuže nekuda Jant Kraj 24.01.2001 S. 1
- Žiteli Kaliningrads koJoblas ti okaza lis založnikami nedal novidnoj regionalnoj politiki Kremlja, Jant. Kraj, 27.01.2001, S. 1.
- Egorov Vladimir Kaliningrads kala oblas t Včera Seyodnja Zavtra Kal Prav 28.04.2001, S. 2.
- Gorin G. Bavaž vokzal Rossija? Kal Prav 3.08.2001 S. 5
- Ivanokova, Evgenija: Mitingolvali pod zvuki "Karmen", Kaskad, 27.01.2001, S. 3.
- Jafasov Rašid Svobodnaja ékonomičeskaja zona Kaliningradskij variant Teil Jant Kraj, 23.06.2001, S. 1 u. 2.
- Kargopolov, Stanislav: Pustite Kaliningradskuju oblast' v ES!, Jant. Kraj, 21.03.2001, S. 1 u. 2.
- Kaliningradskoj oblasti otkryta dver' v Evrosojus, Jant. Kraj., 16.05.2001, S. 2.
- Kašin Oleg Možete s obirat čemodany ne dožidat tovarnJaka Kom Prav v Kal 7.09.2001, S. 12.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Die Europäische Union und das Kaliningrader Gebiet, KOM (2001) 26, Brüssel, 17.01.2001.
- Litvinova Elena Bez statusa inoogo nam žizni net? Kaskad 17.01.2001 S. 4
- Machlov, Arsenij: Kakie predprijatija regiona na grani zakrytija, AiF v Kal., Nr. 3/2001, S. 2.
- Mulkachajnen, Andrej; Anašenko, Elena: 10 minut, kotorye izmenjat našu sud'by, Kom. Prav. v Kal., 22.03., S. 5.
- Měn Jurij ES kak mnogo v étom zvuke Kaskad 17.04.2001 S. 8
- Op-pa! Strastaetsja Evropa!, Kaskad, 8.05.2001, S. 3.
- Nikitin, Michail: Vpered, na Zapad, Kal. Prav., 10.01.2001, S. 2.
- Nisnevič Boris Vladimir Nikitin Ne choronite zakon ob os oboJ zone Kal Prav 15.02.2001, S. 2.
- VenJamin Eremeev Scenarij razvitiJa možet byt samyj neožidan nyj", Kal. Prav., 21.03.2001, S. 1.
 - Za černuju čertu ne zaxodit Kal Prav 27.03.2001 S. 1 u. 2
- Petrenko Galina Razgovor o buduščem baltijskich stran Jant Kraj 31.08.2001 S. 1
- Obodkov, Innokentij: Opjat' pilotnyj region?, Kaskad, 22.05.2001, S. 1.
- Birža dlja JantarJa Kaskad 8.09.2001 S. 4
- Obščestvennyj komitet po razvitiJu OÉZ v Kaliningradskoj oblasti Rossija Kaliningrad Evropa, o.O., o.J.
- Ostachov, Aleksandr: Dva zvonka v sentjabre, Kal. Prav., 1.09.2001, S. 1 u. 5.
- Pasko, Sergej: "Budem borot'sja za status", Kal. Prav., 25.01.2001, S. 2.
- Pirogov Vladimir Pilotnyj region éto risk i otvestvennos t interview im TV Sender GTRK Jantar in der Sendun9 Včera Seyodnja Zavtra abgedruckt in Jant Kraj., 20.02.2001, S. 1.
- Press-Centr Pravitel'stva Rossijskoj Federazii: Press-Reliz: Na zasedanie Pravitel'stva Rossijskoj Federazii 22 marta 2001 goda po rassmatrivaemym voprosam byli prinJaty s ledujuščie rešenija Pravitel'stvo Ros s ijs koJ Federacii Pres s Centr 22.03.2001.
- Press služba AO Gubernator vydviuaet iniciativy Kal Prav 1.09.2001 S. 1
- Šabunin, Aleksej: Sibirskij tigr v Evrope, Kom. Prav. v Kal., 22.06.2001, S. 15.
- Sazonov Vladimir Pust Šulz skučaet ne my Kaskad 3.02.2001 S. 2
- Mozgovoj šturm, Kaskad, 17.02.2001, S. 2.

- V s peccemente ne nuždaemsja Kaskad 31.07.2001 S. 2
 Šelygin V. Evropa stala bliže. Straž Baltiki 21.08.2001 S. 1
 Sob inf. Železnij zaves vmesto barchatnoje? Kom. Prav. v Kal. 26.07.2001 S. 4
 Solin K. Kto to chočet žit zdes vmesto nas? Kal. Prav. 22.06.2001 S. 7
 Šurinova Irina K čemu general'skij mundir lejtendanty? Kaskad 16.05.2001 S. 2
 TE., Viktor: Programma budet, a est' li ideja?, Majak Baltiki, Beilage der Kal. Prav.,
 7.09.2001, S. 26.
 V.Z.: Moskve my ne nužny. A ona nam? Kal. Prav. 3.08.2001 S. 5

Artikel und Aufsätze ohne Verfasserangabe

- Čto napisala Delli Telegraf Kom. Prav. v Kal. 23.01.2001 S. 4
 Kto na svete vsech milee. Buduščee oblasti v zerkale sociologii. Kal. Prav. 19.05.2001
 S. 1.
 My dolžny ostavatsja dobrymi sosedomi. Jant. Kraj. 13.03. S. 2
 Parlamentskaja Gazeta: Kaliningradskaja oblast': "Rossijskij Gonkong" ili federal'naja
 zemlja?, Jant. Kraj, 5.07.2001, S. 1.
 Svatovstvo, Kaskad, 17.02.2001, S. 4.

Quellen aus dem Internet

- Administration der Kaliningrader Oblast: www.gov.kaliningrad.ru
 Programm der Baltischen Republikanischen Partei: www.enet.ru/~baltia

Karikaturen

- Evtušenko, Aleksej, Kaskad, 10.01.2001, S. 1.
 Milejko, Vladimir, Jant. Kraj, 19.06.2001, S. 2.

5.2 Adressenverzeichnis Kaliningrader Zeitungen (Stand: August 2001)

Regionale Tageszeitungen

- Kaliningradskaja Pravda* (Auflage: ca. 40.000):
 Ul. Karla Marksa, 18; Tel. 21 49 74; Email: igvo@baltreg.koenig.su
Kaskad (Auflage: 5.000; Chefredakteur: Vladimir Sazonov):
 Ul. Vasilievskogo, 2; Tel. 35 99 30; Email: lesik@kaskad.koenig.su; www.kaskad-info.ru
Jantarnyj Kraj (Auflage 3.000; Chefredakteur: Vladimir Paurockij / C. M. Čelpeš)
 Ul. Kommunal'naja, 4; Tel. 22 87 95

Überregionale Tageszeitungen (mit Regionalteil)

Komsomol'skaja Pravda v Kaliningrade

Regionale Wochenzeitungen

- Kaliningradskaja večerka* (3 je Woche; Auflage 3000; Chefredakteur: Iskandr Chakimov):
 Ul. Podpolkovnika Ivannikova, 3a; Tel. 53 87 44; Email: info@mk.baltnet.ru
Straž Baltiki (3 Ausgaben je Woche, Auflage: 8.500; Chefredakteur: V. A. Bric):
 Ul. Tjulenina, 15; Tel. 22 26 53

Strana Kaliningrad (Auflage: 32.500; Chefredakteur: Marina Vacil'eva):
Pl. Pobedy, 40; Tel. 57 72 39; Email: postmaster@strana.kaliningrad.ru;
www.strana.kaliningrad.ru

Graždanin (Auflage: 5.000; Chefredakteur: Anatolij Semenov):
Pl. Pobedy, 1; Tel. 21 48 07; Email: ch@kaliningrad.ru

Novye Kolesa (Auflage: 17.200; Chefredakteur: K. Sin'kovskij):
Litovskij Val, 62; Tel. 46 97 21; Email: postmaster@zarodova.koenig.su

Baltijskaja Gazeta (Auflage: 10.000; Chefredakteur: Nikolaj Dmitriev):
Ul. Puškina, 17; Tel. 21 17 83

Überregionale Wochenzeitungen (mit Regionalausgabe)

Moskovskij Komsomolec v Kaliningrade (Auflage regional: 11.000; Chefredakteur regional: Pavel Gusev):
Ul. Podn. Ivannikova, 3a; Tel. 53 87 44; Email: info@mk.baltnet.ru

Argumenty i Fakty (Auflage regional: 10.545; Chefredakteur regional: Arsenij Machlov):
Ul. Karla Marksa, 18; Tel. 27 27 81; Email: aif@ric.koenig.su

SCHIFF - texte

- Nr. 59 *Artur Kusnezow*:
Die Osterweiterung der EU: Chancen und Gefahren für die Oblast Kaliningrad (16 S.)
- Nr. 60 *Alexander Sergounin*:
The External Relations of the Novgorod Region of the Russian Federation (38 S.)
- Nr. 61 10 Jahre Ostseekooperation – 5 Jahre SCHIFF
mit Beiträgen von *Heinz-Werner Arens & Carl-Einar Stålvant* (22 S.)
- Nr. 62 Annual Report of SHIP for 2000 (31 S.)
- Nr. 63 *Gulnara Roll / Tatiana Maximova / Eero Mikenberg*:
The External Relations of the Pskov Region of the Russian Federation (42 S.)
- Nr. 64 In der Transportfalle: Über die verkehrstechnische Isolation der russischen Exklave Kaliningrad
mit Beiträgen von *Stephan Stein & Christian Wellmann* (25 S.)

Bezugsbedingungen SCHIFF-texte:

Einzelexemplare kostenlos; Mehrfachbestellungen (auch verschiedene Ausgaben) Kostenpauschale von € 2 00 pro Stück Mengenabnahme nach Vereinbarung

SCHIFF-texte Spezial

Hanne-Margret Birckenbach & Christian Wellmann (unter Mitwirkung von Leonid Karabeshkin):
Zivilgesellschaft in Kaliningrad. Eine Explorationsstudie zur Förderung partnerschaftlicher Zusammenarbeit erstellt im Auftrag des Schleswig-Holsteinischen Landtages; Kiel, 2000 (145 S.); € 7 50 10 30 to

Hanne-Margret Birckenbach & Christian Wellmann (eds.):
Civil Society around the Baltic Rim – edited on occasion of the 10th Baltic Sea Parliamentary Conference by order of the Standing Committee of the BSPC; Kiel, 2001 (56 S.); € 4 00 10 30 to